Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 6.– Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 19.50 Mk. (einschl. 1.50 Mk. Zeitungsgebühr). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Baltin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 46. Fernsprecher Nr. 58. Telegramm-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postschließfach Nr. 63. Postscheckkonto Köln 15503.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (56 mm breit) 35 Pfg., im Reklameteil (75 mm breit) 1.50 Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr 20 Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 171 — Freitag, den 22. Juli 1921. — 44. Jahrgang

Neustes vom Tage.

Japan beabsichtigt eine gründliche Verbesserung der Versailler Vorschriften.

Aus Oberschlesien werden unmenschliche Grausamkeiten der Polen und Franzosen gegen wehrlose Deutsche gemeldet.

Die Geldbeschaffungen des Reiches im Ausland nehmen einen erfreulichen Fortgang.

Rußland hat sich in Berlin über antibolschewistische Rekrutierungen beschwert.

In Kleinasien wollen die Griechen 30 000 Türken gefangen haben.

Frankreichs Politik betr. Oberschlesien scheint sich auf die englische Forderung nach beschleunigter Entscheidung eingestellt zu haben, ohne auf die Entsendung weiterer Truppen zu verzichten.

Unsere Sachleistung an den Feind.

Beschaffungs- und Verteilungs-Verfahren.

Da sich die Erfüllung des Ultimatums, zu der wir uns verpflichtet haben, wesentlich auch auf Sachleistungen stützen muß, sind dafür jetzt grundlegende Bestimmungen ergangen, die das Ergebnis der im März d. J. im Wiederaufbauministerium aufgenommenen Arbeiten sind, welche unter Mitwirkung von Sachverständigen des Wirtschaftslebens durchgeführt und durch die Zustimmung des Reichsrats und des vom Reichsrat gewählten fünfzehngliedrigen Ausschusses zum Abschluß gebracht worden sind.

Für die Lieferungen und Werkleistungen werden entscheidend sein die Ausführungsbestimmungen, die von der Regierung oder den von ihr bestimmten Zentralbehörden der Länder für die Durchführung der den Ländern obliegenden Leistungen erlassen werden. Auch der Reichsminister für den Wiederaufbau kann Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung erlassen. Nicht berührt werden durch die Verordnung die Regelung der geldlichen Verbindlichkeiten und die Anforderung von Vieh. Unberührt beschränkt sich die Verordnung nicht auf die Anforderung von Warenlieferungen und Werkleistungen für den Wiederaufbau in Nordfrankreich und Belgien. Ihre Vorschriften finden auch auf dem Gebiete der Abrüstung und der Binnenschiffahrt sinngemäße Anwendung.

Das Verfahren bestimmt der grundlegende Paragraph der Verordnung. Die Aufbringung der Sachleistungen soll nach Möglichkeit sich im Wege freier Vereinbarungen vollziehen. Soweit dieser Weg nicht zum Ziele führt, sollen die Leistungen von eigens dazu gebildeten Verbänden oder Inhabern der Betriebe angefordert werden. Für die Bildung von Leistungsverbänden gewährt die Verordnung drei Möglichkeiten:

1. Die Länder sind Leistungsverbände für Anforderungen jeder Art und als solche ermächtigt, die von ihnen aufzubringenden Leistungen von Unterverbänden und von den Inhabern der Betriebe anzufordern und zur Erfüllung ihrer Leistungspflicht Gegenstände zu beschlagnahmen und zu enteignen.

2. Das Reichsministerium für den Wiederaufbau kann nach Anhörung der Ausgleichstellen der Länder für die Anforderungen einzelner Art Leistungsverbände bilden. Bestehen für die betreffenden Wirtschaftszweige Fachverbände und Interessenvertretungen, so sind auch diese vor der Bildung des Leistungsverbandes zu hören.

3. Land- und forstwirtschaftliche und kaufmännische Betriebe und Verbände, welche sich aus solchen Betrieben zusammensetzen, können mit Genehmigung des Reichsministeriums für Wiederaufbau Leistungsverbände bilden.

Die Satzungen müssen die Gewähr bieten, daß die angeforderten Leistungen nur an Betriebe vergeben werden, welche nach Ruf und Leistungsfähigkeit hierzu geeignet sind. Der Vertreter des Reichsministeriums für den Wiederaufbau kann Beschlüsse des Leistungsverbandes wegen Verletzung des Gesetzes oder der öffentl. Interessen beanstanden. Der Minister kann bestimmen, daß sämtliche Betriebe, welche sich mit Leistungen der fraglichen Art gewerbsmäßig befassen und ihren Sitz im deutschen Reiche haben, Mitglieder des Verbandes sind. Um Gewähr zu bieten, daß die vom Reichsminister für Wiederaufbau gebildeten Leistungsverbände nicht im Widerspruch stehen mit der Mehrzahl der Betriebe oder eines bestehenden Fachverbandes, wird diesen ein Einspruchsrecht gewährt. Es ist dann ein fünfzehngliedriger Reichstagsausschuß zu hören.

Die angemessene Verteilung der Leistungen auf die Länder erfolgt durch den Minister für Wiederaufbau nach Anhörung der Ausgleichstellen der Länder. Die Leistungsverbände regeln die Verteilung selbst. Nötigenfalls nimmt der Reichsminister für den Wiederaufbau die Verteilung vor. Die Durchführung der Anforderungen kann durch eine

Ordnungsstrafe bis 100 000 Mark

in jedem Falle erzwungen werden. Die Entscheidung des Reichswirtschaftsgerichts ist endgültig. Die Vergütung, welche dem Inhaber des leistungspflichtigen Betriebes zu gewähren ist, hat mit handelsüblichen Fristen in bar oder mit dem Einverständnis des Empfängers auf eine andere Weise zu erfolgen. In Streitfällen entscheidet das Reichswirtschaftsgericht, soweit nicht die ordentlichen Gerichte zuständig sind. Die Verordnung tritt mit dem 30. Juni 1925 insoweit außer Kraft, als nach diesem Zeitpunkt auf Grund der Verordnung neue Anforderungsverfahren nicht eingeleitet werden dürfen.

Stresemann — Lloyd George.

Der „Newyork Herald" ist in der Lage, einen

Briefwechsel

zu veröffentlichen, der kurz vor der Annahme des Ultimatums und zur Zeit der Verhandlungen über die Bildung des Ministeriums Wirth zwischen dem Abg. Stresemann und Lloyd George gepflogen wurde. Zunächst hatte der Führer der Deutschen Volkspartei den Berliner Vertretern des Verbandes mitgeteilt, daß er

gewillt sei, ein Ministerium zu bilden und das Ultimatum anzunehmen,

wenn die Verbündeten für die dem deutschen Volke dadurch aufgezwungenen Opfer zu Gegenleistungen bereit seien. In seiner Antwort an den italienischen Botschafter lehnte es Graf Sforza ab, auf Stresemanns Bedingungen einzugehen, die sich auf die Sanktionen im Rheinland und auf Oberschlesien bezogen hatten. Hingegen machte Lord d'Abernon alle Anstrengungen, die volksparteilichen Forderungen bei Lloyd George durchzusetzen. Es entwickelte sich folgendes

Frage- und Antwortspiel.

Frage: Wird die Annahme des Ultimatums die Aufhebung der Sanktionen, die im vorigen März nach der Londoner Konferenz eingeführt wurden, nach sich ziehen? Antwort: Die am 8. März eingeführten Sanktionen, besonders jene, die die Besetzung Düsseldorfs, Duisburgs und Ruhrorts und die Errichtung einer rheinischen Zollgrenze enthalten, sollten nach der Meinung der englischen Regierung im Falle einer Annahme des Ultimatums aufgehoben werden. Die diesbezügliche Meinung der britischen Regierung wird der französischen Regierung mitgeteilt.

Frage: Kann die Regierung eine Versicherung geben, daß sie keine Lösung der oberschlesischen Frage zulassen wird, die anders ist als jene, die sich auf den bereits von den britischen Vertretern der Abstimmungskommission zusammengestellten Bericht begründet? Antwort: Die deutsche Regierung kann sich auf den Wunsch der englischen Regierung verlassen, die wichtigen deutschen Interessen, die hier bestehen, zu berücksichtigen. Obgleich es nicht ohne vorherige Besprechungen mit den Verbündeten Großbritanniens möglich ist, die Versicherung in dem verlangten Sinne zu geben, so mag die deutsche Regierung die Versicherung haben, daß die britische Regierung zugunsten einer gerechten Lösung auf Grund einer strengen und parteilosen Ausführung des Versailler Vertrages einen Druck ausüben wird.

Die Antwort von Lloyd George ist zu spät gekommen. Als sie eintraf, hatte sich die Deutsche Volkspartei bereits gegen die Annahme der Sanktionen entschieden.

Vor dem 4. Aufstand in O.-S.

Französisch-polnische Vorbereitungen.

Die verhältnismäßig geringe Zahl einheimischer polnischer Banditen ist zwar teilweise zur Arbeit zurückgekehrt, aber sie haben sich zu **„Verbänden ehemaliger Insurgenten"** zusammengeschlossen, zu Vereinigungen, die regelmäßige Zusammenkünfte und, wie es heißt, auch militärische Uebungen veranstalten. An deren Entwaffnung ist natürlich überhaupt nicht zu denken, ebensowenig an die der ehemaligen Halbsoldaten, die auch ihre Löhnung weiterbeziehen. Sämtliche Aufrührer fühlen sich auch nicht entlassen, sondern nur beurlaubt. Dieser Gedanke wird übrigens in polnischen Zeitungen Oberschlesiens ganz offen ausgesprochen, ohne daß die gegen deutsche Zeitungen so strenge französische Zensur sich zu einem Verbot veranlaßt fühlte.

Der Hauptbestandteil der Insurgententruppen ist zwar über die polnische Grenze zurückgekehrt. Jenseits der Grenze aber werden diese Truppen neu organisiert, militärische Uebungen werden abgehalten und

alles harrt fieberhaft auf das Signal

zu einem neuen Einfall. Auch die furchtbaren Schreckenstaten die aus dem alten polnischen Aufstandsgebiet in Oberschlesien täglich gemeldet werden, beweisen uns die andauernd gefährdete Lage des Deutschtums. Viele Deutsche fliehen, um den polnischen Grausamkeiten zu entgehen; namentlich in den Industriegebieten ist das der Fall. Das ist aber der Zweck, den Korfanty erreichen will. Die deutschgesinnte Bevölkerung soll durch die Schreckenstaten gezwungen werden, das Land zu verlassen, damit erstens Engländern und Italienern der deutsche Charakter des strittigen Gebietes nicht allzusehr auffällt, dann aber um bei dem kommenden Aufstand geringeren Widerstand vorzufinden. Und dieses politische Ränkespiel der Polen wird durch die französische Diplomatie, wie die letzte Note Briands beweist, **stark unterstützt.**

Der vierte polnische Aufstand soll eine vollendete Tatsache schaffen, die, so hoffen die französisch-polnischen Drahtzieher, bei der Grenzfestsetzung Oberschlesiens nicht unberücksichtigt bleiben wird. Hoffentlich gelingt es noch in zwölfter Stunde, von dem schon so schwer geprüften Lande neues Unheil abzuwenden!

Polnische Greuel.

In den oberschlesischen Wäldern sind soeben die Leichen des Amtsvorstehers Wagner aus Gaschowitz, des Polizeimeisters Richter aus Rybnik und des Gerichtsaktuars Seibel aus Rotibor aufgefunden worden. Seibel und Richter waren aus einem Zuge, der unter Verbandsleitung fuhr, von Banditen herausgeholt worden. Richter, der von den Polen buchstäblich zerstückelt wurde, war im Walde verscharrt worden. Den Gerichtsaktuar hatten die Banditen, nachdem er einen Bauchschuß erhalten hatte, zu Tode gequält. Wagner war von dem Gesindel totgeschlagen worden.

Englische Befürchtungen.

Die Berichte, die in London aus Oberschlesien eintreffen, widersprechen den französischen Nachrichten. Sie erklären im Gegensatz zu den französischen, daß die Polen heimlich Truppen an die Grenze senden, um einen etwaigen Angriff der Deutschen Widerstand leisten zu können. Man erklärt in diplomatischen Kreisen, daß die Lage in Oberschlesien gefährlich sei und innerhalb der nächsten 48 Stunden die Krise ausbrechen könnte.

Hilfe der Tschechen?

Der französische Geschäftsträger in Prag benachrichtigte den tschechischen Generalstabschef, daß tschechische Truppen möglichst unter dem Kommando französischer Offiziere an der Abstimmungsgrenze und Mittelschlesien in diese einrücken sollen, wenn sich in Mittelschlesien deutsche Truppen, gleichgültig ob reguläre oder irreguläre, zum Einmarsch in Oberschlesien sammeln sollten.

Ein Franzosengeneral als törichter Flegel.

Der französische General Le Comte Denis, der Führer der 91. Brigade, erklärte den Vertretern der Stadt Beuthen, die sich über die nächtlichen Ueberfälle der Aufrührer und über den ungenügenden Schutz der Franzosen beschwerten: Die Angreifer sind ja gar nicht Insurgenten aus der Selbstschutz stößt immer wieder nachts vor. Als ihm dargetan wurde, daß davon keine Rede sein könne, schrie er: „Nein, die Boches sind die Angreifer." Als die deutschen Herren ihn fragten, was er eben gesagt habe, rief er noch einmal: „Ja, Sie, die Boches, sind die Angreifer gewesen." Er wiederholte das noch zwei mal.

Wie die Indianer.

Bei Hausdurchsuchungen, die von Franzosen in Krappitz a. O. vorgenommen wurden, wurde der deutsche Arzt Dr. Kroll, als er nach Hause zurückkehrte, von einem französischen Polen durch Kolbenhiebe niedergeschlagen und fortgeschleppt. Eine gleiche Behandlung erfuhr der Polizeiwachtmeister des Ortes. Die beiden Verhafteten wurden an einen Pfahl gebunden und mußten in dieser Stellung die ganze Nacht verbleiben, obwohl Dr. Kroll schwer verwundet war und stark am Kopfe blutete.

Wie die Blätter aus Beuthen melden, wurden dort die ersten Gefangenen aus der französischen Kaserne freigelassen, die nach der Erschießung des französischen Majors Montalegre von den Franzosen festgenommen worden waren. Die Freigelassenen erzählen furchtbare Einzelnheiten ihrer 15tägigen Gefangenschaft. Je acht Gefangene hatten als Schlafgelegenheit nur eine Pritsche. Rohe Mißhandlungen waren an der Tagesordnung. Vor der Ueberbringung ließen die Franzosen die zum Teil schwerverwundeten Gefangenen durch eine französische Kompagnie

Spießruten laufen.

Einer der Mißhandelten, ein Schlosser aus Königshütte, hat drei Bajonettstiche und Kolbenschläge auf den Kopf erhalten. Die Freilassung erfolgte, nachdem man sich von der völligen Schuldlosigkeit der Gefangenen überzeugt hatte.

Eine Pariser Schwenkung.

Paris, 21. Juli. Den französischen Zeitungen fällt es sichtlich schwer, den neuen Standpunkt des Kabinetts Briand und damit die auch für sie überraschend eingetretene Wendung in der französischen Oberschlesien-Politik zu rechtfertigen. Ein Teil der Morgenblätter verzichtet einstweilen ganz auf die Kommentierung der französischen Erwiderung, die gestern abend nach London gegangen ist. In den Kommentaren der übrigen Blätter wird zumeist betont, daß die drei verbündeten Kommissare in einer gemeinsamen Note die Entsendung von

Verstärkungen als notwendig

bezeichneten und damit Zeugnis für die Berechtigung der französischen Auffassung abgelegt haben. Die Zeitungen lassen aber fast durchweg unbeachtet, daß in der gemeinsamen Note der Kommissare eine möglichst rasche Lösung der oberschlesischen Frage verlangt wird, während die französische Regierung nach allem, was der „Temps" in seinem gestrigen Leitartikel verschärft hat, zweifellos die Hinausschiebung der Entscheidung erstrebt.

Aus dem Reiche.

Nahrungs-Unruhen.

Nachdem bereits vor einiger Zeit in Posen, Bromberg und anderen Städten Ostdeutschlands Lebensmittelunruhen ausgebrochen waren, werden jetzt auch aus Nord-Pommerellen Lebensmittelunruhen und Generalstreiks gemeldet. Die Ausreise von Polen nach Danzig wird in schärfster Weise verhindert. Da jedoch die Entfernung vom Aufstandsgebiet nach Danzig nicht allzu weit ist, bringen natürlich auch Nachrichten nach Danzig durch. Der Grund für die Unruhen ist in der ruinösen Wirtschaftspolitik der polnischen Regierung zu suchen. Seit Aufhebung der Zwangswirtschaft sind die Preise allenthalben ungeheuer in die Höhe geschnellt. So zahlt man in Neustadt seit 15. Juni statt 34 Mark 90 **Mark für ein** Pfund Brot. Ende der vorigen Woche kam es in Posen auf dem Bernhardinerplatz, ferner in der Vorstadt St. Lazarus und in einigen anderen Vororten der Stadt zu ernsten Unruhen. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, und die Polizei wurde der Demonstranten erst Herr, als Militär zur Unterstützung herangezogen wurde. Samstag haben die Gewerkschaften in Nord-Pommerellen den Generalstreik erklärt. Es kam vor dem Neustädter Rathaus und vor der Starostei zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Polizei. In Neustadt, Putzig und Gudingen sind alle Geschäfte geschlossen.

Neuer Gold-Kredit.

Bei der Bekanntgabe des Kredits von 150 Millionen Goldmark wurde mitgeteilt, daß die Verhandlungen mit den internationalen Finanzkreisen zwecks Beschaffung weiterer Kredite fortgesetzt werden. Die Reichsbank teilt mit, daß durch Vermittlung des Bankhauses Mendelsohn u. Co. in Amsterdam gelang, inzwischen einen neuen Kredit von 50 Millionen Goldmark für die Reichsbank zu beschaffen. Die Verhandlungen wegen fernerer Kredite schweben.

Sozialismus und Agrarismus.

Im Vorwärts kritisiert als erster Eduard David das neue sozialistische Programm. Er wendet sich gegen die Grundforderung des Agrarprogramms: die Vergesellschaftung von Grund und Boden. Selbst

das Erfurter Programm habe nur von der Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum gesprochen. Die Enteignung des landwirtschaftlichen Kleinbesitzes werde sowohl von der Theorie des wirtschaftlichen Sozialismus wie von der praktischen Wirtschaft auf das entschiedenste zurückgewiesen. Mit der Vergesellschaftungsfrage erschwere man der Sozialdemokratie nur die Agitation unter der Bauernschaft. Die Vergesellschaftungsforderung stehe überdies im Widerspruch zu der ganzen Siedlungspolitik des Reiches, die mit Zustimmung sozialdemokratischer Minister eingeleitet worden sei.

Die Schlinge um den Hals.

Wie schädlich für unser ganzes Wirtschaftsleben die Zollinie wirkt, beweist am besten die von einer amtlichen Stelle mitgeteilte Tatsache, daß der Stückgutverkehr von dem unbesetzten nach dem besetzten Gebiet seit Mitte Mai versperrt ist, weil die Zollämter überlastet sind. Unser Fahrplansystem, das sich gerade in letzter Zeit so gut eingespielt hatte, wird durch die wiedereingeführte Personenzugkontrolle ebenfalls wieder über den Haufen geworfen. Die Eisenbahn kann dann wieder von vorn anfangen.

Eine russische Ententruchs-Note.

Die „Rote Fahne" veröffentlicht eine Note, die der Vertreter der Sowjetregierung in Berlin dem Reichsminister des Aeußeren Dr. Rosen übergeben hat. In dieser Note ersucht die Sowjetregierung um Aufhebung einer in Berlin bestehenden Werbezentrale für die im fernen Osten gegen Sowjetrußland meuternde Gruppe. Diese Werbezentrale soll unter Leitung eines Obersten Freiberg stehen.

Die „lange Kette".

Auf Anfrage der deutschnationalen Abg. Graefe und Genossen, die sich mit der Fesselung des nach Leipzig transportierten Oberleutnants z. S. Ehrhardt beschäftigt, erklärt Reichsjustizminister Schiffer, daß Oberleutnant Ehrhardt am Abend des 29. Mai im Gefängnis die sogenannte lange Kette angelegt wurde und daß das Amt unabgesetzt mit dem reichen Gehaltsrest verbunden war. Wohl hatte die gefesselte Hand in der Hosentasche, von dort lief die Kette unsichtbar durch das Hosenbein nach dem rechten Fußgelenk. Mit einem geschlossenen Kraftwagen wurde er dann nach Bergedorf befördert und von da per Eisenbahnzug in einem besonderen Abteil nach Leipzig erfolgte. Auch in Leipzig wurde der Weg nach dem Gefängnis in einem Kraftwagen zurückgelegt. Wollte jemand, er werde nicht nach Leipzig gehen, vielmehr versuchen, auf der Fahrt aus dem Zuge zu springen. Ferner wurde ihm mitgeteilt, daß man in bestimmten Kreisen der Bevölkerung damit umgehe, Soldat gelegentlich seines Abtransportes zu befreien. Darauf wurden die betreffenden Fesselungsmaßnahmen getroffen.

Das weibliche Weltgewissen gegen die Franzosenwirtschaft im Ruhrla.

Auf dem Kongreß der Internationalen Frauenliga, der in den letzten Tagen in Wien abgehalten wurde, wurden auf Antrag der englischen Abgeordneten Marshall folgende Entschließungen gefaßt: „Der Kongreß beantragt, daß die Liga alles versucht, die militärische Verwendung der Eingeborenen fremder Länder unmöglich zu machen." Ferner: „Nach der Ablehnung des Ultimatums seitens der deutschen Regierung und deren die heute ehrlichen Erfüllung seben sich die Regierungen der Entente mit der Aufrechterhaltung der Sanktionen ins Unrecht, da keine Notwendigkeit mehr für sie besteht deshalb fordert der Kongreß von den Regierungen der Entente die sofortige Aufhebung der Sanktionen." Ueber die Revision der Friedensverträge wurde der von Frau Dr. Jakobs Holland) gestellte Antrag angenommen: „In der Ueberzeugung, daß der Friedensvertrag den Keim neuer Kriege in sich trägt, erklärt der Kongreß, daß eine Revision desselben notwendig ist, und beschließt, daß die Erwirkung einer solchen als Aufgabe der Liga zu betrachten ist."

Kurze Nachrichten.

Die englischen Bergarbeiter erklärten sich bereit, einer Lohnherabsetzung von 2 Schilling täglich zuzustimmen, die vom 4. August an in Kraft treten soll.

Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Italien und Südslawien wurden plötzlich abgebrochen, angeblich wegen Erkrankung des ersten italienischen Delegierten.

Nach einer Meldung aus Montreal bestellte die Sowjetregierung bei einer kanadischen Firma 500 Oel-Tankwagen zu je 50 Tonnen. Der Wert beträgt 2 Millionen Dollar.

Ausland.

Dänemark.

Patzig in Dänemark verhaftet.

Wie Kopenhagener „Klocker 8" erfährt, hat die dänische Staatspolizei den deutschen Unterseebootführer Kapitänleutnant Patzig, der sich der Verurteilung vor dem Leipziger Reichsgericht durch Flucht entzog, in Odense verhaftet. Falls die deutsche Regierung nicht Patzigs Auslieferung verlangt, wird er voraussichtlich in einigen Tagen gegen eine Geldbuße aus der Haft entlassen werden.

Rumänien.

Geschwierte Volksvolter.

Skandal gab es im Parlament, wo seit einigen Tagen die Verstaatlichung der Werke von Resica verhandelt wird. Der gewesene Handelsminister Taslauanu soll dieser Gesellschaft einen überaus vorteilhaften Vertrag zugesichert und die Mehrheit der Kammer für den Vertrag dadurch gewonnen haben, daß die Abgeordneten der Regierungspartei unentgeltlich neue Aktien der Gesellschaft erhielten. In der Debatte erklärte die Opposition, daß der Vertrag bloß geeignet sei, die Vermögen einiger Abgeordneter und Senatoren der Averescu-Partei zu vermehren. In dem nun folgenden großen Lärm schlug der Abgeordnete Goga Taslauanu mit einer Peitsche ins Gesicht. Die Schlägerei wurde schließlich allgemein, so daß der Präsident die Sitzung schließen mußte.

Griechenland.

Kalter Aufschnitt.

Von der Wiener griechischen Gesandtschaft wird bekannt gegeben, daß bei der Einnahme der Stadt Kjutahja, die von den Türken hartnäckig verteidigt wurde, 10 000 Mann türkischer Truppen gefangen genommen wurden. Außerdem konnte eine reiche Beute an Geschützen und Kriegsmaterial eingebracht werden.

Japan.

Berichtigung des Versailler Diktats.

Japanische Zeitschriften berichten, daß die japanische Regierung beabsichtige, auf der nächsten Völkerbundversammlung die nachstehenden Aenderungen des Versailler Vertrages zu beantragen: 1. Die französischen und englischen Texte des Vertrages werden miteinander in Uebereinstimmung zu bringen sein und zwar in nicht weniger als zehn verschiedenen Punkten. 2. Nach der Meinung der japanischen Regierung ist der Vertrag bereits in einigen Punkten durch den Lauf der Ereignisse veraltet. Dazu sind verschiedene Bestimmungen des Vertrages nicht in Uebereinstimmung mit der Tendenz des Völkerbundes. Japan wird den Antrag zur Revision des Vertrages in all seinen Punkten stellen. 3. Japan hält es für erwünscht, daß im Vertrage die Tatsache Anerkennung getroffen werde, daß die Aufrechterhaltung des Friedens und der Ruhe im fernen Osten ganz auf den Schultern Japans ruht.

Stadtverordneten-Sitzung.

Gevelsberg, 21. Juli.

Mit Rücksicht auf den umfangreichen Beratungsstoff ist die Sitzung bereits auf 4 Uhr angesetzt.

Ein neuer Stadtverordneter.

Anstelle des Vorsitzenden Beigeordneten Müller, der nach seiner Bestätigung als Bürgermeister gesetzmäßig sein Mandat niedersetzte, rückt von der allsozialistischen Wahlvorschlagsliste der Stadtsekretär Gadau nach, der durch Handschlag auf sein Amt verpflichtet wird.

Gevelsbergs Vertretung auf dem westfälischen Städtetag.

Zur Teilnahme an dem für 23. ds. Mts. nach Dortmund anberaumten westfälischen Städtetag werden über die stimmberechtigte Zahl von vier Vertretern hinaus auf Anregung Buschhaus wegen der leichten Erreichbarkeit des Ortes und der wichtigen Beratungsgegenstände 7 Herren abgeordnet, und zwar: Bürgermeister Müller, Stadtsyn. Bracht, Hallmann, Kemna, Friederizi, Heukeroth und Schünke.

Wahl eines Besoldungs-Ausschusses.

Wie Vors. Bürgerm. Müller ausführt, sind aus Kreisen städtischer Beamten und Angestellten Reformvorschläge ergangen zur Vereinfachung und Verbilligung des Betriebes wie auch zur Aenderung der Besoldungs-Ordnung gemäß dem sog. Sperrgesetz (gegen Tarif-Ungleichheiten). Die Spitzenverbände der Gemeinden und ihrer Arbeitnehmer haben sich nun in Essen auf einer Grundlage geeinigt. Um dieses Muster auf unsere Verwaltung anzuwenden, schlägt Redner zur Entlastung des Finanz-Ausschusses einen besonderen Besoldungs-Ausschuß vor, der diesbezüglichen Aenderungen des Arbeitsverhältnisses im städtischen Dienst behandeln und das Recht haben soll, unmittelbare Anträge an die Stadtverordneten zu stellen.

Die Versammlung ist hiermit einverstanden und wählt in den neuen Besoldungs-Ausschuß: Bürgerm. Müller, Beig. Arndt, Stadtv. Dönghaus, Friederizi, Gadau, Ernst Heidstück und Dr. Hülsenbeck.

Ehe die Versammlung den Voranschlag für das neue Geschäftsjahr 1921/22 in Angriff nimmt, erstattet nach gesetzlicher Vorschrift Bürgerm. Müller den

Verwaltungsbericht für 1920/21.

Er gibt hierbei einen gedrängten, vorwiegend statistischen Bericht über die Tätigkeit der einzelnen Bureaus und Betriebszweige. Eine ausführliche Wiedergabe dieser Jahresangaben wird nächster Tage in der „G. Z." veröffentlicht werden. Für heute wollen wir nur folgende Streiflichter herausgreifen.

Gelegentlich der Personenstands-Aufnahme am 25. Nov. 1920 wurden für unsere Stadt 19 721 Personen ermittelt, am 1. März 1921 19 725, also jedenfalls kein Rückschritt. Im Standesamt verzeichnete man innerhalb des Berichtsjahres 483 (1919/20: 419) Geburten, und zwar 240 Knaben und 223 Mädchen, 333 (289) Todesfälle, und zwar 276 männl. und 157 weibl., 312 (223) Eheschlüsse. — Das politisch aufgeregte Jahr begünstigte die Zunahme der Kriminalfälle, zumal bei den Eigentums-Vergehen. Berichterstatter streifte dann den Putsch dieses Frühjahrs, bei dem 400 000 ℳ geraubt, aber zum größten Teil wieder geborgen wurden. In den ersten Stunden des Ueberfalls wäre die — außerdem schwer bewaffnete — numerische Uebermacht der Aufrührer so groß gewesen, daß auch ein polizeilicher Draufgänger nichts erreicht haben würde. Es wurden 167 ansteckende Krankheitsfälle verzeichnet, darunter zweimal Schlafkrankheit (!). Bei den Viehseuchen wären 11 Gehöfte mit Maul- und Klauenseuche zu erwähnen. Im Ganzen mußten für 3777 ℳ Polizeistrafen verhängt werden. Ausführlicher verweilte der Berichterstatter bei der städtischen

Wohlfahrtspflege,

die infolge der Nachkriegsnöte besonders wichtig ist und eine vielseitige Tätigkeit entfaltete. Auf dem Gebiete sozialer Hilfstätigkeit steht Gevelsberg mit an der Spitze nicht nur gleich großer Gemeinden, sondern der Großstädte. In erster Linie wird für die Vorbeuge gesorgt, um eine völlige Verelendung nicht erst aufkommen zu lassen, die schwieriger und kostspieliger zu beheben ist. Der Betrieb wirkt erfolgreich, aber noch nicht völlig ideal. Die Zusammenfassung aller Faktoren auf diesem Gebiet steht aber bevor.

Eifersüchteleien

und persönliches Anerkennungsbedürfnis dürfen in der Wohlfahrtspflege nicht mitsprechen, ebensowenig religionsgemeinschaftliche Ansprüche. Die ärztlichen Organe sollen in den sozialen Dienst eingegliedert werden, wobei leider Gegensätze hervorgetreten seien, z. B. in Vogelsang. Auf der anderen Seite dürfe man aber auch keine Gerüchte kritiklos weiter geben und hierdurch hilfsbereiten sozialen Kräften die Mitwirkung verleiden. Die Stadt unterhält auf diesem Gebiet 2 Abteilungen, das eigentliche Wohlfahrtsamt und das Armen-Amt, welch letzteres vorwiegend auf die Fälle selbstverschuldeter Not und auf ortsfremde Hilfsbedürftigkeit beschränkt bleibt. Am Berichtsjahresanfang wurden 148 Familien bezw. Einzelpersonen unterstützt. Die laufenden Unterstützungen betrugen 345 521,62 ℳ. Die Krankenkäche veranlaßte im Tagesdurchschnitt 40 Anteile. Vom Armen-Amt wurden 175 Fälle laufend unterstützt.

Das Jugend-Amt

befindet sich in voller Tätigkeit. Alle Woche findet eine Mütterberatungsstunde bei Dr. Seibach mit Kinder-Untersuchung statt, eine Einrichtung, die wegen der weiten Entfernung in unserer gestreckten Stadtlage noch zu wenig benutzt wird. Von der Fürsorge-Schwester wurden 1717 Hausbesuche ausgeführt. Die Säugling-Sterblichkeit ist bei uns in erfreulichem Sinken begriffen. Sie betrug 1918 noch 10,1 Prozent der Geburten, 1919 6,9 Prozent und 1920 5,9 Prozent. Es handelt sich hier um vorwiegend kränkliche, viel Mühe verursachende Kinder, für deren hingebendes Warten den Schwestern Anerkennung zukommt. Die Pflegesätze, die früher monatlich 45 Mark betrugen, mußten auf 150 (für Auswärtige 250) Mark erhöht werden. Die Milchküche hat sich segensreich erwiesen. Sie in erster Linie trug zur Verminderung der Säuglingssterblichkeit bei und verdient viel stärkeren Zuspruch mit Abgabe wohlfeiler, keimfreier Gelundheitsmilch. Bisher hat sie täglich 50 bis 60 Portionen besorgt, davon etwa die Hälfte an Private. Von den Verkrüppelungen waren 2/3 auf Rachitis zurückzuführen. Die Meldepflicht wird leider noch nicht immer erfüllt, während rechtzeitiges ärztliches Eingreifen in den meisten Fällen arbeitsfähige und lebensfreudige Menschen herstellen kann. 6 verwachsene Kinder unserer Stadt befinden sich in Volmarstein. Der neue Stadtarzt wird auch dieses Gebiet in Fühlung mit den Eltern behandeln. Die Haltekinder befinden sich überwachungsgemäß in pfleglichen Händen. Die Jugendpflege-Ausschüsse waren leider teilweise wenig tätig. Ueberweisung in Fürsorge-Erziehung war mehrfach nötig. Bedenken dagegen bestehen heute nicht mehr infolge der gegenüber den Eltern rücksichtsvollen Handhabung und ständiger Kontrolle der Anstalten. Die Bekämpfung der Tuberkulose wurde auch in Gevelsberg durch die Wohnungsnot erschwert. Unerläßlich notwendige, von der Stadt zur Verfügung gestellte Bollerbetten waren aus Platzmangel vielfach garnicht aufzustellen. Bürgerm. Müller wendet sich auch aus diesem Anlaß mit einem

Aufruf an die Großwohnungen,

auch unter häuslichen Unbequemlichkeiten entbehrliche Räume für Notwohnungen abzugeben, da auch die stärkste Siedlungstätigkeit außerstande sei, dem Raumbedarf zu entsprechen. Für Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft wurden 88 000 Mark aufgewendet, aber zum größten Teil wieder vom Staat erstattet.

Die Erwerbslosen.

An Ausgaben für geminderte Arbeitsgelegenheit wurden im Berichtsjahr 623 132,59 Mark geleistet, wovon die Stadt 77 404 Mark aufzubringen hat. In der Hauptsache handelt es sich dabei um Kurzarbeit. Die ersten Monate des laufenden Verwaltungsjahres (April bis Juni 21) haben sich in dieser Hinsicht so ungünstig angelassen, daß eine Verveisfachung dieser Kosten zu befürchten ist. Bei den verhältnismäßig kleinen einzelnen Unterstützungssätzen sind leider keine Einschränkungen zu machen. Von der Bau-Abteilung wurden in der Hauptsache nur Ergänzungsarbeiten ausgeführt, die aber auch hohe Kosten verursachten. Im Ganzen erforderten die Notstandsarbeiten 145 000 Mark. Die Zahl der Erwerbslosen beträgt heute 60, Unternehmer, die gegenüber dieser Tatsache noch auswärtige Kräfte einstellen, müssen zu den Ausgaben für Erwerbslose herangezogen werden. Man dürfe

keine Arbeiter schelten,

die sich durch Teilnahme an den Unruhen mißliebig machten, wenn ihnen die Fabrikmeister ihre fachliche Tüchtigkeit bezeugten. Uebergriffe gegen Ruhe und Ordnung seien aus der gegenwärtig schweren sozialen Not sicher nicht zu entschuldigen, aber doch zu verstehen. Durch Unversöhnlichkeit werde aber nur die Erbitterung geschürt und gefährlicher Zündstoff geschaffen. Die Märzunruhen 1920 haben der Stadt bisher 195 806,62 Mark Schaden verursacht. Beim Feststellungs-Ausschuß schweben aber noch Ansprüche von zus. 544 806,62 Mark. Die Tätigkeit der Stadtverordneten erstreckt sich, abgesehen von den Ausschuß-Beratungen auf 22 öffentliche Vollsitzungen mit 222 Punkten und 14 geheime mit 43 Punkten. Bürgerm. Müller schloß den Bericht mit einem Dank an alle Organe der Verwaltung für ihre hingebende und ersprießliche Arbeit und uneigennützige Fürsorge um das öffentliche Wohl. Möchten alle gemeindlichen Kräfte in ihrer Tätigkeit nicht erlahmen und auf diesem Wege zu ihrem Teil mithelfen am Wiederaufbau des deutschen Volkes.

Haushaltsplan für 1921,22.

Der Haushaltsplan über die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben der Stadt Gevelsberg für das Rechnungsjahr 1. April 1921 bis 31. März 1922 schließt ab mit

10 987 000 Mark.

Der Voranschlag für 1920/21 hatte 8 600 000 Mk. vorgesehen, sodaß der Umsatz also um rund **2,4 Millionen** Mark angeschwollen ist. Wie schon im Vorbericht erwähnt wurde, beläuft sich der durch Abgaben einzubringende Fehlbetrag auf 8 398 000 Mk. Im Einzelnen verzeichnet der Haushaltsplan folgende Beträge:

Aus den Vorjahren wurde ein Einnahme-Bestand von 1 100 000 Mk. herüber genommen. **Die Bauverwaltung** erfordert einen **Zuschuß von 1 981 000 Mk.** (über eine Million Mark mehr als im Vorjahr). **Die allgemeine Verwaltung** erfordert einen Aufwand von 1 193 115,64 Mk., darunter für Gehälter 8 080 000 Mk., für Heizung der Diensträume 90 000 Mk. **Der Altbesitzrat**, der noch im vorigen Haushaltsplan mit 40 000 Mk. Unkosten vertreten war, ist nun aus der Stadtverwaltung verschwunden. Auch an Zeitungsanzeigen soll gespart werden. Hoffentlich nicht zum Schaden der Bevölkerung. Die für das Vorjahr für diesen Zweck ausgeworfenen Beträge von zus. 46 800 Mk sind nur etwa die Hälfte zusammen geschrumpft. Unter den Einnahmen dieses Abschnitts wären an Hebesätzen zum Reichssteuern 100 000 Mk. (im Vorjahr 175 000 Mk.) zu erwähnen. Insgesamt erfordert dieser Abschnitt einen Zuschuß von fast 1,024 Mill. Mk. **Die Polizei-Verwaltung** hat eine Ausgabe von 709 277,85 Mk., darunter an Gehältern 630 000 Mk., für Ausrüstung u. Bewaffnung 18 000 Mk., Unterhaltung der Feuerlöschgeräte 15 000 Mk. Dem allen steht aus Gebühren und Strafen eine Einnahme von 13 100 Mk. gegenüber.

Ueber die neuen Lasten, die aus dem **Steuer-Voranschlage** für Gevelsberg erwachsen, hat sich die G. Z. in ihrem Vorbericht bereits geäußert. An mittelbaren Abgaben sind in diesem Abschnitt — von durchlaufenden Beträgen abgesehen — vorgesehen: Gemeindezuschläge auf die Grunderwerbsteuer 10 000 Mk., auf die Wertzuwachssteuer 3 000 Mk., Anteil an der Umsatzsteuer 200 000 Mk., Hundesteuer 14 000 Mk., Schankerlaubnissteuer 1000 Mk., Wanderlagersteuer nur 800 Mk. Die auf den Betrag von 250 000 Mk. veranschlagte Luftbarkeitssteuer entfallen wir schon. Hierzu treten die gesetzlichen besprochenen unmittelbaren Abgaben: die Zuschläge zur **Grundsteuer** 12 000 Mk., **Gebäudesteuer** 318 000 Mk., **Gewerbesteuer** 3 200 000 Mk., **Betriebssteuer** 18 000 Mk., Anteil der **Einkommensteuer** 4 600 000 Mk., Entschädigung für den reichssteuerfreien Einkommensteil 1920 250 000 Mk. Abzüglich 41 450 Mk. Ausgaben ergibt sich aus diesem Abschnitt ein Ueberschuß von 8 857 380 Mk.

Für die **städtischen Betriebe** ist bei einer Ausgabe von 2 806 937,90 Mk. und einer Einnahme von 352 953,87 Mk ein Zuschuß von 2 453 984,05 Mk. erforderlich. Vereinnahmt werden u. a. aus dem Elektrowerk 100 000 Mk., dem Gaswerk 240 000 Mk., aus Sparkassenzinsen zugunsten der Volksbücherei 10 953,87 Mk. Auf der Ausgabenseite finden sich dagegen u. a. für Straßenbeleuchtung 128 700 Mk., als Beitrag an den Verschönerungsverein 12 000 Mk. (im Vorjahr 5 000 Mk.). Zuschüsse an das Wohlfahrtsamt 1 829 444,05 Mk. (1 120 205 Mk.), an das Krankenhaus 805 000 Mk. (400 000 Mk.). Die Schulen bringen so gut wie nichts (1500 Mk. aus der Kleinkinderschule Haute) ein, erheischen aber an Zuschüssen für das Realgymnasium nebst Realschule 662 945 Mk., für die höhere Mädchenschule 291 265 Mk., die Volksschulen 1 280 075 Mk., Haushaltsschule 34 985 Mk., Kleinkinderschule 25 000 Mk., gewerbl. Fortbildungsschule 295 020 Mk., kaufm. Fortbildungsschule 6 000 Mk., Handelsschule 1 000 Mk., insgesamt 2 598 350 Mk. Die Kreisabgaben stellen sich auf 625 000 (500 000) Mk.

Der städtische **Schuldendienst** wird mit einer Einnahme von 327 866,29 Mk., einer Ausgabe von 686 500,68 Mk. veranschlagt, bedarf also auch einer Zubuße von 385 634,39 Mk. In den Abschnitt „Insgemein und Abrundung" wurde eine nahezu völlig (bis auf 1 800 Mk.) gedeckte Ausgabe von 95 498,91 Mk. eingestellt. An Rücklagen sind vorgesehen: zur Ansammlung eines Schalbaustocks wie im Vorjahr 15 000 Mk., eines Ruhelohnstocks für städtische Arbeitnehmer und deren Hinterbliebene 5000 (10 000) Mk., als eiserner Sparpfennig wie im Vorjahr 200 000 Mk.

Vors. Müller gab zunächst allgemeine Erläuterungen zum Voranschlage: Als Notstands-Beschäftigung wurden mehr Arbeiten vorgesehen, als unbedingt schon jetzt erforderlich waren. Das geschah, um Kostenspielraum für plötzliche Erwerbslosigkeitsfälle zu gewinnen. Das Notdauprogramm erfordert 4,47 Mill. Mark. Die Vorlage einer

4 Millionen-Anleihe

ist unterwegs. Der Betrieb des Krankenhauses hat sich fortgesetzt verteuert, wobei freilich immer

die Erhöhung der Pflegesätze nachhinke. Beim Nahrungsmittel-Einkauf würden sich wohl durch Großabschlüsse Ersparnisse machen lassen, ohne daß man auf auswärtigen Bezug einzugehen brauche. Die Klaviersteuer habe zurück gestellt werden müssen, da alle Musikinstrumente durch den Reichsfiskus steuerfrei werden sollen. Aehnlich stehe es mit der Kraftfahrzeugsteuer. Doch dürfe aus dem Ertrag der auch auf Automobile erstreckten Fahrzeugsteuer ein Gemeinde-Anteil erwartet werden. Die mit 18 000 Mark Gesamtertrag eingesetzte Vergnügungssteuer werden hauptsächlich durch nahezu 100 Schankwirte aufzubringen sein, den einzelnen also nicht übermäßig belasten. Der Grundsteuer-Zuschlag liefere bei der zahlermäßig so hoch klingenden Bemessung von 1200 Prozent doch nur 12 000 Mark, weil man die Veranlagung nach dem gemeinen Wert (zur Erfassung beispielsweise der Luxusvillen) wegen der dazu notwendigen umständlichen Vermessung noch nicht habe vornehmen können. Zur Gewerbesteuer-Novelle, über die von der B. schon berichtet wurde, hat Beig. Buschhaus für die Kopfsteuer folgende mildere Staffelung vorgeschlagen: bis 20 Arbeitnehmer je 240, für die nächsten 10 260, bis 200 bis 300, bis 350, bis 380, sodann 400. Betriebe mit mehr als 60 Arbeitnehmern die Höchstquote zu entrichten haben.

Die Versammlung trat nun in die Einzelberatung des Haushaltsplans ein. Auf Seiten der

Ausgabe

bemerkte Beig. Buschhaus zu den Dienstbezügen, daß die Ortslohnsteuer wohl durch einen einzigen Beamten versehen werden könne. Lebensmittel-Amt und »Lager ließen sich nunmehr gleichfalls personell einschränken. Im allgemeinen würden in der städtischen Verwaltung

20 bis 25 Prozent Leute zuviel

beschäftigt, wie ein Vergleich mit Schwelm und dem noch überdies 5000 Einwohner größeren Halpe erkennen lasse. Auch darüber könne der neue Besoldungs-Ausschuß beraten. Ein Abbau nicht der Gehälter, wohl aber der Personenzahl sei durchführbar.

Bürgerm. Müller hebt hervor, daß die Angestellten von Lebensmittel-Amt und »Lager in Kündigung stehen und nicht im Plan aufgeführt werden. Eine weitere Bestandsverringerung soll folgen, sobald auch bei uns die Verhältnisse sich der bei den Nachbarstädten eingetretenen Festigkeit genähert haben. Stadtv. Steinweg führt an, daß die Ortslohnstelle eine vermehrte Tätigkeit entfalten müsse durch erschwerte Versorgung und infolge der auf Reichsersuchen einzuführenden Heizberatung (Ofenprüfung u. dergl.)

Beig. Arndt findet die Entschädigung von täglich 5 Mark für Stadtverordnete und Ausschuß-Mitglieder (Gesamtkosten 15 000 Mark) der Teuerung unangemessen. Für nachgewiesenen Lohnverlust sollten bis 10 Mark je Tag bezahlt werden. Diese Anregung geht an den Rechnungs-Ausschuß. — Auf eine spätere Anzündung der Straßenlaternen soll Bedacht genommen werden.

Stadtv. Schünke beantragt, die für Ablösung von Kolletten vorgesehenen 600 Mark zu streichen, zumal doch ohne Kontrolle der Verwendung einlaufender Beträge von kirchlicher Seite gesammelt werde. Bürgerm. Müller hält den eingesetzten Betrag für zu gering bei der Geldentwertung. Aus diesen Gründen wird Antrag Schünke angenommen. Stadtv. Schünke regt an, daß Rektor Kohlmann als Leiter der Volksbücherei, die im Haushaltsplan mit 15 754 Mark unterstützt werde, bei seinen Maßnahmen die Ansichten und Wünsche des Ausschusses häufiger hören möchte. — In diesem Sinne will die Verwaltung wirken.

Schulkritik.

Beig. Buschhaus empfiehlt wegen der wachsenden städtischen Zuschüsse für die Lehranstalten, höhere Schulgelder, namentlich für Auswärtige, zu erheben. Bürgerm. Müller: Für das Realgymnasium steht eine Staatsbeihilfe von 150 000 Mark in Aussicht, wenn wir den gegenwärtigen Tarif bestehen lassen. Stadtv. Wilhelmi will die der Kleinkinderschule auf dem Südfeld zugedachten 1200 Mark streichen, weil dort eine kirchlich-dogmatische Beeinflussung der Kinder im arbeiterfeindlichen Sinne getrieben werde, durch Verse wie

„Ich bin klein, mein Herz ist rein"

u. dergl. Stadtv. Schmidt betont demgegenüber, daß dort etwa 100 Kinder die so nötige Wartung und Pflege finden. Stadtv. Hallmann hält eine Verdoppelung der Beihilfe für angebracht, weil die Anstalt ebenso segensreich sei wie die städtische Kleinkinderschule an der Hause, die 25 000 Mark Kosten verursacht. — Antrag Wilhelmi wird gegen die Stimmen der U. S. P. abgelehnt.

Bei den durchlaufenden Dachpachtgeldern regt Stadtv. Steinweg an, für die namentlich durch wilde Kaninchen angerichteten Wildschäden die Dachpächter heran zu ziehen. — Der gerügte Uebelstand wird von mehreren Seiten bestätigt. Namentlich im Vogelsang läßt sich kaum noch Kohl und Salat bauen. — Die Verwaltung will dem Vorschlag nachgehen. — Zur Speisung des Pensionsfonds für städtische Arbeitnehmer mit 5000 statt im Vorjahr 10 000 Mark bemerkt Bürgerm. Müller, daß die Angestellten des Betriebsamts an anderer Stelle verrechnet werden.

Einnahmen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß Polizeistrafen keine Geldquelle, sondern ein Ordnungsmittel sind. Stadtv. Schönebeck: Dann dürfe aber nicht ohne Not bestraft werden. Ihm sei ein Fall bekannt, daß eine Witwe 10 Mark auferlegt bekam, weil sie die Beherbergung zweier Leute, die sich selbst polizeilich gemeldet hatten, nicht noch einmal extra angezeigt hatte. — Allgemeines Erstaunen weckte die Mitteilung des Vorsitzenden, daß eine diesbezügliche rechtskräftige Verordnung besteht.

Stadt. Heukeroth beklagt sich über den von Automobilen aufgewirbelten Staub und empfiehlt, überschnell fahrende Kraftfahrzeuge mit scharfen Strafen — 100 Mark für jede einzelne Uebertretung — zu fassen, wobei die Stadt Tausende verdienen könne. Bürgm. Müller: Für die Polizeibeamten wurden bereits 2 Stopp-Uhren bestellt, ohne welche das Gericht meist zu einem Freispruch komme, weil die Geschwindigkeit festgestellt werden müsse.

Stadtv. Kemna: Die Einnahme von jährlich 2000 Mark Marktstandsgelder deckt nicht einmal die Reinigungskosten. Bürgerm. Müller: Der Eingang wird erfahrungsgemäß höher sein. Eine Verdoppelung ist jedenfalls unbedenklich. — Die Stadtverordneten waren damit einverstanden und brachen hierauf die Beratung ab.

Aus Stadt und Land.

— **Die Stadtverordneten** begannen gestern die Beratung des Haushaltsplans, nachdem sich die altsozialistische Fraktion durch den Zutritt des Stadtsekretärs Gabau ergänzt hatte. Da eine Fülle von Material vorlag, war der Sitzungsbeginn schon auf 4 Uhr verlegt worden. In vierstündiger Verhandlung bestätigte man sich mit der Stadtwirtschaft in Vergangenheit und Zukunft, wobei die Teuerung auf allen Gebieten in die Erscheinung trat. Zur Deckung unerläßlicher einmaliger Aufwendungen, zumal für Wohlfahrtszwecke, wird eine weitere Anleihe von 4 Millionen Mark aufgenommen werden. Die gestrige Sitzung erledigte die Einzelberatung des Voranschlages und vertagte sich dann auf nächsten Dienstag nachmittag 5 Uhr. In dieser Sitzung soll die allgemeine politische Aussprache über den Haushalt und außerdem die Einführung des Bürgermeisters erfolgen.

— **Großbrand.** Gestern abend wurde nach längerer Zeit wieder die Löschhilfe aufgeboten. Gegen 5¾ Uhr war im Packraum 2 der Ofen- und Waggonfabrik Kreft A.-G. aus noch nicht ermittelter Ursache Feuer ausgebrochen. Da die Arbeiter schon fortgegangen waren, konnte der Brand schnell um sich greifen u. zwei Shed-Dächer erheblich in Mitleidenschaft ziehen. Die Werkwehr und die Freiwillige Feuerwehr wurden sogleich zur Bekämpfung aufgeboten und es gelang ihnen, den Brand bis 7 Uhr zu löschen. Außer erheblichem Gebäudeschaden wurden fertige Herde und Gasöfen, zum Teil bereits verpackt, zerstört bezw. beschädigt. Der Gesamtschaden wird von der Firma auf etwa 100 000 Mark geschätzt.

— **Brot ohne Marken.** Einem auswärtigen Bäckermeister wurde vor dem Schöffengericht zur Last gelegt, Brot ohne Markenentwertung zu Kriegspreisen verkauft zu haben. Es wurde festgestellt, daß der Angeklagte selbst kein Brot verkauft hatte. Eine Zeugin bekundete, daß sie Freibrot im Laden des Beschuldigten zum gewöhnlichen Preise von 4,35 Mark erhalten habe. Hierzu erklärte der Angeklagte, daß ihm häufig von Kunden, die ihre Brotmarken nicht alle gebrauchen könnten, Marken übergeben würden, ohne daß Brot dafür verlangt werde. Auf diese Marken hin habe er dann das Freibrot verkauft. Der Staatsanwalt beantragte selbst die Freisprechung des Angeklagten. Das Gericht schloß sich dieser Ansicht an.

Kalender der Veranstaltungen.

Freitag, 22. Juli.

Obst- und Gartenbau-Verein: Abds. 8 Uhr Monatsversammlung mit Vortrag im Berfuchsgarten hinter dem Rathaus. Samstag nachm. 4 Uhr prakt. Beerensaft-Vortrag in Boerde.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Rudolph Waschmann, für den Anzeigen- und Reklameteil Will. Herkenräder, beide in Gevelsberg.

Hautpflege
sowie alle Arten von Hautverreinigungen, Hautausschlägen, wie Mitessern, Pickeln, usw. verschwinden durch tägl. Gebrauch der echten
Steckenpferd-Teerschwefel-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul Überall zu haben.

II. Gevelsberger Jugendsonntag
am 24. Juli 1921, veranstaltet vom
Evangel. Jugendausschuß Gevelsberg.

Morgens 8 Uhr: Jugendgottesdienst in der Kirche (Pastor Lübbert, Vollmarstein).
½10 Uhr: Festgottesdienst in der Kirche und in den Betsälen.
½2 Uhr: Abmarsch der Vereine vom Vereinshause zum Stüting, daselbst kurze Begrüßung.
½5—6 Uhr: Zusammenspiel der Vereine. (Faust- und Schlagball) Spiel, Sport- und Unterhaltungen für Jung und Alt.
½6 Uhr: Festversammlung. Gesänge, Chorlieder, Festansprachen u. dgl.
7 Uhr: Rückmarsch zum Vereinshause.

Bei ungünstiger Witterung finden die Gottesdienste wie angegeben und eine Feier um 4 Uhr im Vereinshause statt.

Karten sind im Vorverkauf in den Buchhandlungen und bei den Mitgliedern der christl. Vereine für 1 Mk. und an der Kasse für 1.50 Mk. zu haben.

Zu allen Veranstaltungen ladet die gesamte Jugend Gevelsbergs, sowie Eltern, Freunde und Angehörige herzlichst ein

Der Evangel. Jugend-Ausschuß.

Nur bis Samstag dauert unser
Saison-Ausverkauf.
Daher versäumen Sie nicht im eigenen Interesse die Vorteile beim Einkauf der letzten
Reste und Restbestände
in
Damen- u. Herren-Konfektion, Kleiderstoffen u. Waschstoffen, Baumwollwaren u. Weißwaren
wahrzunehmen
Gebrüder Kaufmann
Gevelsberg.

Zigarren! Zigarren!
Große Auswahl
in feinsten Qualitäts-Zigarren.
Empfehle folgende Marken zu nachstehenden
sehr billigen Preisen.

		bei Abnahme von 50 Stück	
Prkols	Mk	1.00	Mk. 0.85
Maxima	.	1.00	. 0.85
Warme Semmel	.	1.20	. 1.05
Diosa	.	1.20	. 1.05
Frühlingsfleiß	.	1.20	. 1.05
Cortina	.	1.50	. 1.25
Schatz am Wege	.	1.50	. 1.25
Brillanta	.	1.80	. 1.60
Cubarosa	.	2.00	. 1.80
Melanitta	.	2.00	. 1.80
Exzellenz	.	2.50	. 2.25

Gelegenheits-Einkauf für Wiederverkäufer u. Groß-Abnehmer
H. C. Winkelmann
Gevelsberg, Wittener Straße 1.

Sachsen- und Thüringer-Verein.
Sonntag, den 24. Juli:
Ausflug
nach dem Kaiser-Friedrich-Turm auf Hohe Steinert. Abmarsch 2 Uhr vom Bahnhof Hagen-Eckesey. Recht zahlreiche Beteiligung wird ersucht.
Der Vorstand.


Empfehle für morgen eine große Auswahl in
frischem
Fleisch,
sowie sämtliche
Wurstsorten
in bekannter Güte.
Fritz Korten,
Mittelstr. 100. Tel. 398.
Samstag auf dem Wochenmarkt.

Samstag auf dem Markt wie bekannt
billige Hähne, junge Hennen, Legehühner, Gluchen
mit Küken und der brütende Wunderputer.
Büchel,
Haßlinghauser Str. 10


Erhielt heute eine Sendung großer und kleiner
Läufer- und Faselschweine
und verkaufe zu billigen Preisen.
Emil Höner,
Lindenstr. 7. Tel. 726.

Walter Köckler Nirgens
Nähmaschinen- u. Fahrradhandlung.
Ständiges Lager in Ersatzteilen, wie Gummireifen, Laternen, Glocken, Pumpen, Fahrradständer usw.
Sämtliche Reparaturen an Nähmaschinen und Fahrrädern.

Jüngere
Stenotypistin
[illegible]

Ein im Haushalt durchaus erfahrenes **Mädchen** gesucht. Frau Hub. Sprick Mittel 1, 81.

Tüchtiges, kl. ordentliches
Mädchen
[illegible]

Photographische Artikel
Elektro-techn. Lehrmittel
empfiehlt
Franz Lohmar
Wittener Str. 1

Junges
Mädchen
[illegible]

große trockene
Lagerräume,
ca. 250 qm groß mit
Büro-Räumen
per 1. 1. 22 evtl. früher zu vermieten. Angebote u. Z. D. 100 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Quartett-Verein „Glocke" Gevelsberg.
Leitung: Herr Musikdirektor Griesenbeck.
Sonntag, den 24. Juli, im Lokale des Hotel „Zur Haute":
Großes Konzert
verbunden mit
Hauptprobe für den Gesangwettstreit in Lippstadt.
Mitwirkende:
Solist: Herr **Ant. Köster** (Tenor), **Gevelsberg,**
Philharmonisches Orchester, Elberfeld.
Anfang 5 Uhr. Anfang 5 Uhr.
Eintritt 5 Mark, an der Kasse 6 Mark.
Karten sind zu haben bei: Buchhandlung Strathmann, Zigarrenhaus Raukamp, Mittelstrasse, Hotel „Zur Hause" u. bei den Mitgliedern.
Bei günstiger Witterung findet das Konzert im Garten statt.

Ladenlokal
zu mieten gesucht. Angebote unter E. 19 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Waldbeeren
voraussichtlich morgen frisch hier
Heinrich Wortmann,
Hagener Str. 5. Tel. 975.
Bestellungen erbitte schon im Voraus.

Möbel:
Küchen, Schlafzimmer, gute und einfachere, entzückende Muster, kaufen Sie gut und billig bei
Otto König, Hagen,
Wehringhause Nr. 38.
(Hälfte eine Wilhelmstraße.)
Vergleichen Sie Preise u. Qualität.

Neue Küche
natur lackiert, Büfett, Anrichte, Tisch mit hohem Linoleum und 2 Stühle wegzugshalber um billigen Preis von 2350 Mk. zu verkaufen.
Hause Nr. 51, part.

2 schläf. neue
Bettstelle
mit Matratze und Federbetten billigst zu verkaufen.
Hagener Straße 241.

Gebr. Kisten
billig abzugeben.
Mittelstraße 67.

3 Monate alte
Ziegenlamm
zu verk. Eickenscheid 61, Lindenhausen.

Junge Kaninchen und 2 Schlachtkaninchen zu verkaufen.
Scheffelschmidt, Strickerberg.

Die großen Erfolge unseres

Inventur-Ausverkaufes

haben unsere Erwartungen bei weitem übertroffen. Allseitig wird anerkannt, daß es sich bei unseren Angeboten selbstverständlich nur um solide Qualitätsware zu wirklich volkstümlichen Preisen handelt und daß unser Ruf großer Billigkeit und hervorragender Leistungsfähigkeit voll berechtigt ist.

Reste und Restbestände

haben sich in den Abteilungen **Weißwaren, Baumwollwaren, Kleider-Stoffen, Wasch-Stoffen, Gardinen, Damenwäsche und Stickereien** in großen Mengen angesammelt, die ab

Samstag, den 23. Juli morgens

zu außergewöhnlich billigen Preisen ausgelegt sind.

Besonders billiges Angebot!
ein Posten **Fabrik-Handtuchreste**
Serie I Rest Mk. 6.25
„ II „ „ 7.75
„ III „ „ 8.75

Beachten Sie unsere Schaufenster!

Wir raten Ihnen in Ihrem eigensten Interesse, sich von der Billigkeit unserer Angebote zu überzeugen.

Gebr. Rosenthal, Gevelsberg.

Das Haus der guten Qualitäten.

Zwangsversteigerung.

Sonnabend, den 23. Juli 1921, vormittags 11 Uhr werde ich im Verkaufslokal bei der Wirtin Maria von Schwedler zu Gevelsberg-Nirgena nachstehende Gegenstände als:

1 Klavier mit Stuhl und elektr. Lampe, 1 Nußb.-Büfett, 1 Sofa-Ausziehtisch, 1 grünes Plüschsofa, 1 grünes Ledersofa, 1 kl. Waschkommode, 6 Rohrstühle, 1 eintür. Kleiderschrank, 1 Rauchtischchen, 1 Bowle, 1 silb. Servierring, 1 schwarzen Gehanzug, 1 dunklen Anzug, 1 Rock mit Weste und gestr. Hose, 1 schwarzen Herren-Pelzkragen, 1 Herren-Regenmantel, 1 Herbst- u. Winterüberzieher, 2 Filzhüte, 1 Cylinder mit 2 Kartons, 1 Paar neue Herren-Stiefel usw. öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Knösser,
Gerichtsvollzieher in Schwelm.

Qualitäts-Kaffee

finden Sie stets
frisch gebrannt und preiswert bei

Wwe. Ernst Schulte

Mittelstraße 72. Mittelstraße 72.

Zigarren Zigaretten Rauchtabake

finden Sie stets in bekannter Qualität zu äußerst niedrigen Preisen bei

Gondrom & Co.
Hagener Straße 90.

en gros **Tabakwaren** en detail

Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Zucker (Kristall)	per Pfd.	5.65
Malzgerste (gebr. prima)	„ „	3.50
Kaffee	„ „	19.50
Essig-Essenz (80%)	Flasche	4.80
Kernseife (Luhns)	Doppelstück	2.00
Tilsiter Käse	Pfd.	9.00

Rheinisches Kaufhaus, Mittelstr. 74.

Achtung! Achtung!

Trotz weiterer Verteuerung der Rohmaterialien empfehle ich noch zu besonders vorteilhaften Preisen meine bekannt guten Spezialitäten:

Ia. Steinhäger	der Original-Literkrug	48.— Mk.
Ia. Doppelwacholder	per Literkrug	46.— Mk.
Theilens Alten (über Doppelkorn)	¾ Literflasche	30.— Mk.
Theilens Klaren (früher alter Korn)	¾ Literflasche	25.50 Mk.

Außerdem empfehle meine süddeutschen Spezialitäten:

Ia. Trinkbranntwein	per Liter	24.50 Mk.
Ia. Trinkbranntwein	per Liter	[illegible] Mk.
Ia. alter Branntwein ca. 34/35 Vol. p.	per Literkrug	32.— Mk.
Branntwein mit Wacholder ca. 35/36 Vol.	per Literkrug	35.— Mk.
Branntwein mit Steinhäger ca. 35/36 Vol.	per Literkrug	35.— Mk.

Mache besonders auf meine große Auswahl in

Kognak

aufmerksam.

Bester Kognak-Verschnitt ¾ Literflasche von 35.— Mk., an
Weinbrand, beste deutsche Qualität ¾ Literflasche von 55.— Mk. an.

Großes Lager in **Likören** der Firmen
Carl Mampe, Berlin,
Paul Badinet G. m. b. H., Berlin,
Rückforth, A.-G., Stettin,
Fooking u. a. m.

Mediz.-Drogerie und Likörhandlung

Jul. Theisen, Milspe

Vorderstr 43. — Telefon 587 Amt Gevelsberg.
Niederlage der Firma **J. A. Bookmühl, Barmen.**
Verkauf zu Originalpreisen.

Empfehle sehr preiswert

Kognak und Liköre

in großer Auswahl.

Asbach Uralt	1 Fl.	65.—
Asbach Uralt	½	35.75
Prima Weinbrand-Verschnitt	1	45.—
Prima Weinbrand-Verschnitt	½	24.75
Curacao	½	23.50
Kirschwasser	½	23.50
Vanille	½	23.50
Bansi Curacao	½	40.—
Cherry Brandy	½	40.—

Steinhäger, Münsterländer und viele andere Sorten.

H. C. Winkelmann.

Ich

mache keine marktschreierischen Anzeigen, da ich im Geschäft schon seit Jahren als großes reelles u. billiges dieser Art a. Platze bekannt bin. Ich

verschenke nichts

beim Verkauf, um Kunden zu werben, denn jeder Herr, der bei mir einen Joppen- oder Gehrock-Anzug, Cutaway, Covercoat-Paletot, Hose oder Sammet- u. Bozener-Mantel kauft, von selbst mein Kunde bleibt. — Hervorgerufen durch meine bekannt reelle und billige Bedienung

Die Auswahl in **getragenen und neuen Herren-Garderoben**, sowie **Kinder-Anzüge** ist enorm groß

Schuh-Restpaare für Damen und Herren extra billig

Rübenfeld's Partiewarenhaus,

Barmen-Rittersh., Bredderstraße 63.

Bekanntestes, größtes, reellstes und billigstes dieser Art am Platze.
2 Minuten vom Wuppertaler Markt.

Auswärtige Fahrtvergütung!

Turner Leichtathleten Schüler!

versucht meinen neuen

Turnschuh

mit geschmeidiger, **gleitfreier Chrom-Kernsohle** und Lederschutzeinfassung.
Uebertrifft jeden bisher dagewesenen Turnschuh!

Erstes Gevelsberger Musik- u. Sporthaus

Rudolf Backhaus.

Capitol

Ab heute Freitag 8 Uhr:
Der gewaltige Abenteurer- und Kriminalfilm
In 2 Teilen:

Der König von Paris

1. Teil. 1 Vorspiel und 5 Akten
Hauptrolle: **Bruno Kastner.**

Der Ruf aus dem Jenseits

Spiritistisches Mysterium.

Ferner ein tolles Lustspiel.

Getragene und neue

Herren-, Burschen- u. Kinder-Anzüge, Sommer-Joppen, Hosen in Riesenauswahl. Damen-Kleider aller Art, Schuhe zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

M. Seibert, Schwelm,
Ostenstr. 19, im Hause der Wirtschaft Abels.

Schleiferei

nimmt noch Massenartikel in Arbeit an.
Angebote unter J. 74 an die Geschäftsstelle ds. Ztg.

Reparaturen

an Nähmaschinen u. Fahrrädern werden unter fachk. Leitung schnellstens ausgeführt.

Gebr. Klein, Hagen
Wehringhauser Str. 1a Tel. [illegible]

Musikalien

Mettenbörger,
HAGEN i. W., Elberfelder Str. 14
Einzigstes Spezial-Geschäft am Platze.
Portofreie Zusendung.